

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.00 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration „Sonntagsschiff“, „Beil und Feil“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Provinz“, „Gedächtnis“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Angehöriger“, „Fisch in die Bismarck“, „Kulturarbeit“ und „Schau!“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konspiration des Pfennig, Hellenszule 5. — Reichsmark, „Klein Kugel“, das letztgedruckte Wort 25 Pfennig (zusätzlich zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stängelglocke das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitemarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen die Abonnentenzeit 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 9 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Hauptkassentelefon: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Volksentscheid gegen das Volk!

Dreizehntägiges Manöver des geschlagenen Bürgerblods in Bremen.

Der Wahlerfolg der bremischen Sozialdemokratie ist den Bürgerblodparteien derart in die Glieder gefahren, daß sie die Sprache erst wiederfinden, um sich gegenseitig anzufügen. Das deutsche nationale Parteiblatt jammert, daß die Sozialdemokratie nicht nur im Wahlkampf, sondern auch in der Auswertung des Wahlergebnisses allen voran sei, und mit einer Taktik, die durch ihre Geschicklichkeit geradezu Erstaunen erzeuge.

„Systematisch auf die Zertrümmerung des Bürgerblods und auf die Bildung einer weit bis in die Mittelparteien hineinreichenden Koalition hinarbeitet, mit dem Ziel, das Bürgertum zu entzweien, einerseits die nationale Rechte zu isolieren und zur Ohnmacht zu verurteilen, andererseits die Mittelparteien sich dienstbar zu machen und ihre Anhängererschaft mit dem roten Gift zu infizieren...“

Das Bürgertum wird stark gemacht, nicht zu dulden, daß Sozialdemokraten in den Senat einbrechen; das wäre „der Anfang vom Ende Bremens!“

Die Entscheidung des Volkes durch die Wahl soll deshalb „korrigiert“ werden durch den in der Verfassung verankerten Volksentscheid. Der Senat soll nicht zurücktreten, sondern weiter regieren, und wenn ihm die Bürgerchaft die Vorlagen und den Etat mit Stimmengleichheit oder auch mit Stimmenmehrheit ablehnt, dann soll er zur Waffe des Volksentscheids greifen, die er schon einmal mit Erfolg gehandhabt hat, und die Bevölkerung über die Frage entscheiden lassen: Soll der Senat zurücktreten oder nicht? Mit Hilfe der Waffe der Stimmhaltung könne der Bürgerblodsenat sich dann retten und am Ruder bleiben!

Der Gedanke ist — zu schlau, um prolix verwickelt werden zu können. Er beweist aber, mit welcher Hartnäckigkeit sich der Bürgerblod an die Macht klammert!

Die Verkürzung der Schulen.

Bürgerblodparteien in der Reaktion einig.

In der heutigen Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstages wurden die Verhandlungen über die Betennnisschule weitergeführt. Abg. Löwenstein (Soz.) wies darauf hin, daß die öffentliche Schule nicht die Pflegstätte einer so geschlossenen Bestandschulung sein dürfe, wie sie das Zentrum vertritt, wenn Minderheitsschüler anderer Bekenntnisse zum Besuch dieser Schulen gezwungen werden sollen. Das sei vom Standpunkt der Pädagogik unmöglich und mit dem Toleranzgedanken nicht zu vereinbaren. Es würden dadurch Gewissenkonflikte schwerster Art heraufbeschworen. Die Sozialdemokratie beantrage deshalb, daß eine dogmatische Festlegung auf Grundzüge und Behauptungen der betreffenden Religionsgemeinschaft nicht erfolgen dürfe.

Der demokratische Abg. Könnberg betonte, daß Elternrecht und Gewissensfreiheit, von denen der Entwurf getragen sein soll, durch die Regierungsparteien selbst immer schwerer erschüttert würden.

Abg. Biesler (Soz.) weist noch einmal mit Nachdruck darauf hin, daß die Betennnisschule, wie sie jetzt geschaffen werden solle, einen Rückschritt in der Pädagogik bedeute. Frau Bäumer (Dem.) fragt an, ob beabsichtigt sei, die Schulen nach den Zielen vorhandener Bekenntnisse zu benennen. Sollte das der Fall sein, so werde eine furchtbare Zerrissenheit der Volksschule herbeigeführt, längst veraltete Grenzlinien zwischen den Bekenntnissen würden neu aufgerichtet werden. Abg. Kunkel (D. Sp.) stellt in Abrede, daß durch den Antrag der Regierungsparteien eine Musterkarte von Schulen geschaffen werden solle. Den vielen Bekenntnissen soll keine Möglichkeit gegeben werden, selbstständig Schulen zu errichten. Das sei auch veraltungstechnisch unmöglich.

Abg. Löwenstein (Soz.) fragt die Regierungsparteien, ob sie sich denn scheuen, auszusprechen, was wirklich sein soll? Das zeuge nicht von großem Besonnenheit. Die Begriffe, mit denen die Vertreter der Regierungsparteien im Ausschuss arbeiten, seien außerordentlich unklar. Man müsse die Erklärungen der Regierung dazu verlangen. Ministerialdirektor Pellenz behauptet, daß die Regierung zu dieser Frage bereits eine eindeutige Erklärung abgegeben habe. Abg. Kunkel (D. Sp.) sagt, daß die evangelischen Bekenntnisschulen keinen dogmatischen Charakter haben sollen.

Nachdem Abg. Löwenstein (Soz.) und nach ihm Frau Abg. Bäumer (Dem.) noch einmal festgelegt haben, daß über das Wesen der Bekenntnisschulen noch keinerlei Klarheit geschaffen worden sei, werden sämtliche Anträge der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Kommunisten abgelehnt und die der Regierungsparteien angenommen. Die Abände 3 und 4 des § 4 der Regierungsvorlage sind nur wenig verändert worden.

Darauf wurde in die Besprechung der Abände 5 und 7 dieses Paragraphen eingetreten, die von der Verwendung der Lehrkräfte in der Bekenntnisschule handeln. Abg. Löwenstein (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der eine zu weitgehende bennennismäßige Bindung der Lehrer verhindern will. Weiter vertritt er einen Antrag auf Streichung des Absatz 6, der von gelandertem Religionsunterricht für Kinder eines Minderheitsbekenntnisses handelt. Um 12¼ Uhr wird die Sitzung auf Mittwoch, 10 Uhr, vertagt.

Der Zigarrenadmiral.

Admiral Brüninghaus M. d. R., Führer der aussperrenden Zigarrenfabrikanten!

In der Geschichte der deutschen Arbeitskämpfe nimmt der jetzt in der Zigarrenindustrie entbrannte Niesenkampf eine Sonderstellung ein. Denn die Aussperrung der Zigarrenarbeiter ist die schlimmste, zugleich aber auch die tollpödeste Maßnahme, die jemals von Arbeitgebern über unschuldige Arbeiter verhängt worden ist. „Wehe den Deuten, die diese Aussperrung zu verantworten haben!“ schrieb dieser Tage „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften. Wäre dieser Kampf nicht mit soviel Not und Elend verbunden, man könnte lachen über die Tollpödigkeit der Strategie und Taktik, mit der er von der Organisation der Arbeitgeber, dem Verband Deutscher Zigarrenhersteller, geführt wird. Verkündet doch der neueste Kriegsausruf dieses Verbandes nicht mehr und nicht weniger, als daß die Aussperrung lediglich den Zweck verfolge, von den Gewerkschaften die Anerkennung des Tarifvertrages zu erzwingen, die von diesen keinen Augenblick verweigert worden ist. Warum also die Aussperrung?

Man mündert sich über die Gleichgültigkeit, mit der die Regierung und die bürgerliche Presse diesem Kampf gegenübersehen. Beide hätten die Möglichkeit entscheidend einzugreifen: Die Regierung, indem sie sich beugen würde, von einer Unternehmergruppe, die sich den Luxus einer solchen Stilllegung leisten kann, die ausstehenden Steuerbeträge einzutreiben. Die Presse, indem sie die Öffentlichkeit aufklärte und das offensichtliche Unrecht der Arbeitgeber klarlegte. Beide versagen. Warum?

Der Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller muß über mächtige Schutzpatrone verfügen, wenn er sich ungestraft ein so grausames Spiel gestatten kann. Und die fehlen ihm auch

nicht. Denn, wie wir zuverlässig erfahren, darf er in dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Konteradmiral Brüninghaus seinen Schutzherrn verehren. Er darf es, denn er hat es dazu. Konteradmiral Brüninghaus geht in seinem Hause, Dorotheenstr. 77/78, als Berater ständig ein und aus. Dem Vernehmen nach bezieht er für diese Tätigkeit ein Gehalt, das seine Bezüge als pensionierter hoher Seeoffizier und Reichstagsabgeordneter angenehm ergänzt. Trotz dieser vielseitigen Tätigkeit bleibt ihm noch Zeit, sich geistig auf das Amt des Reichsmehrministers vorzubereiten, für das er als Nachfolger Gehrers ja schon so oft genannt worden ist.

Welche Rolle Herr Brüninghaus bei der Aussperrung spielt, ist dunkel. Wäre ein Indizienbeweis gestattet, so würden wir sagen, diese Aussperrung sieht ganz so aus, als ob sie von einem Konteradmiral a. D. geführt würde. Die Schneidigkeit der Attäde, die Ausgabe verführerischer Siegesnachrichten, die Stillierung der Kampfausrüstung — all das läßt auf militärische Führung schließen. Ebenso aber auch die Kaplosigkeit, die Rarität der Beweisführung, das vollendete Unverständnis im Psychologischen. „Immer feste druff, nur keine Schwäche zeigen, die grausamste Kriegführung ist die kürzeste und darum die humanste“, passen nicht alle diese Schlagworte einer vergangenen „großen Zeit“ auf den Angriffskrieg der Zigarrenfabrikanten gegen ihre Arbeiter wie angepaßt?

Sei dem, wie es sei — daß die Zigarrenarbeiter, zum Teil auch unter christlicher Führung den notwendigen Abwehrkampf führen, während auf der anderen Seite die Admiralsflagge eines volksparteilichen Reichstagsabgeordneten weht, das gibt ein Bild mehr für die illustrierte Geschichte des Bürgerblods.

Fälschung als Methode.

Neben den Ischerwonek die Ungarnpapiere. — „Erwachende Magyaren“ als Teilhaber.

D. D. Paris, 19. November. (Eigenbericht.)

Ungarische Goldrentenpapiere, die dabei wertlos sind, werden ins Ausland geschmuggelt, dort in betrügerischer Weise den Behörden zur Abstempelung unterworfen und hierdurch zu Lasten des ungarischen Staates in wirkliche Wertpapiere umgewandelt. Was in Budapest 100 Kronen Papier wert war, also etwa einen halben Pfennig, wird nun zweiunddreißig Goldkronen wert, die Ungarn einlösen muß.

Gibt es einen einfacheren und leichter verständlichen Schwindel? Daß diese Betrügerei im Friedensvertrag begründet ist, der es Ungarn überließ, daheim seine Schulden zu bezahlen oder nicht, ändert an der Arbeit des Schwindels nichts. Es liegt auch keine Bewandlung darin, daß die

Vorkriegsschulden von Oesterreich und Ungarn

unter die Nachfolgestaaten aufgeteilt wurden und jedem von ihnen die Freiheit gegeben wurde, daheim seinen Teil der Schulden nach freiem Ermessen zu behandeln, die bei den Siegerstaaten befindlichen Schuldpapiere aber mit zweiunddreißig Prozent ihres Goldwertes einzulösen. Denn vom ersten Augenblicke ab hatte die ungarische Gesandtschaft in Paris erklärt, daß es sich nur um solche Papiere handele, die zum ungarischen Teil gehören, und demzufolge machte denn auch sie die Anzeige bei der Pariser Polizei, die nun auch schon sieben Verhaftungen vorgenommen hat.

So wäre denn die Sache in Ordnung. Nach sieben Verhaftungen, und nachdem ein ungeheures Material an geschmuggelten Schuldpapieren wie auch anderem Beweismaterial den Behörden in die Hände gefallen ist, geht die Untersuchung ihren „geregelten Gang“, und man kann beruhigt ihr Ende abwarten. Doch nein! In allen Blättern gibt sich eine gewisse Unruhe kund.

Die Affäre verwickelt sich, anstatt sich zu klären.

Das ist der allgemeine Eindruck. Die anderen Nachfolgestaaten, die doch hier eventuell auch zu Schaden gekommen sind, schweigen ganz verächtlich. Der hiesige ungarische Gesandte aber redet verächtlich viel.

Während die ungarische Regierung anfänglich ganz stolz darauf tat, daß man nun endlich der Welt zeigen kann, wie man nicht nur in Ungarn zum Schaden Frankreichs fällt, sondern auch in Frankreich zum Schaden Ungarns, läßt sie durch den Mund ihres Pariser Gesandten um Entschuldigung bitten, daß sie Frankreich solche Ungelegenheiten macht. Ja, dieser Herr ging sogar soweit, darüber zu fragen, daß man aus dieser Sache heraus das ganze Verhältnis zwischen Ungarn und Frankreich zu klären verusche!

Wer da aber glaubt, daß Baron Koranyi — so nennt sich dieser Gesandte —, für diese Störung des Grafen Bethlen verantwortlich machte, das ist ganz gemächlich. Nein! Schuld an der Dröhung

des guten Verhältnisses soll ein Herr Desjaini sein. Wer ist dieser mächtige Mann? Nun, ein echter und rechter

Detectiv in Diensten des Grafen Bethlen.

Daß dieser Mann anrüchig, daß er vor einem kleinen und Gottfalls auch vor einem großen Schwindel nicht zurückschreckt, glauben wir dem Baron Koranyi. Warum sollte aber auch Herr Desjaini besser sein als sein oberer Dienstherr?

Aber diese Entschuldigung und Beschuldigungen machten die Sache verdächtig, reizten, ihr nachzuspüren. Und da ergab sich manch amüsanter Ding. Vorerst: Die ganze Affäre ist von Budapest her aufgezaunt worden. Schon vor fast Jahresfrist erhielt die ungarische Regierung durch eine Anzeige Kenntnis davon, daß ungarische Rentenpapiere aus dem Lande geschmuggelt werden. Was geschah darauf? Nichts, gar nichts!

Wäre das möglich gewesen, wenn nicht hinter diesem Schmuggel mächtige Herren standen? Dann kommt im Juni dieses Jahres eine Kommission aus Budapest nach Paris, um diese Angelegenheit zu prüfen. Ihre Führer sind ein Excellenzherr und — man staune — Polizeirat Schreiber, Chef der ungarischen Kriminalpolizei, der im letzten Kommunistenprozeß Szante aus dem jungen Sozialisten Rubin

durch Torturen einen Polizeispittel gemacht

hatte. Er scheint ein Meister auf dem Gebiet der Fälschungen zu sein. Hat er doch nicht weniger als 19 Kommunistenverurteilungen mit Hilfe von gefälschten Papieren in Budapest produziert! Daß auch mehrere Detectives mitkommen, ist nur selbstverständlich. Wer da aber glaubt, daß diese Leute nur gekommen seien, um der Pariser Polizei zu helfen, der ist im Irrtum. Diese Kommission arbeitet ganz auf eigene Faust!

Wuß man sich da nicht fragen: Was hatten diese Herren in Paris zu tun, zumal sie keine Anzeige gemacht, trotzdem sie offenbar schon alle Fäden in Händen hatten, da sie sowohl den Blauenstein, wie auch die Brüder Lombini, die jetzt verhaftet sind, überwachen ließen?

Wäre es nicht der Mühe wert, zu wissen, weshalb man sofort nach der ersten Verhaftung die

Namen von allerlei wichtigen Politikern

mit dieser Sache in Verbindung brachte, und daß wertwürdigerweise alle diese Politiker in ausgezeichneten Beziehungen zur ungarischen Gesandtschaft stehen und hier allgemein mit dem Namen „die Freunde Ungarns“ bezeichnet werden? Man hat unter diesen Herren schon offen genannt die Senatoren Regnol und Beranger sowie den ehemaligen Direktor des Blattes „Le

Journal", Befestigen, und man spricht in den Verhandlungen der Kammer auch noch von zwei anderen Senatoren, die beide schon einmal Finanzminister gewesen sind.

Man möge mir nicht jagen, es sei unsinnig zu glauben, daß die Regierung Bethlen oder ihre Strohmannen Fälschungen zu Lasten des ungarischen Staates vornehmen würden. Wenn die patriotischen Vereine in Budapest Geld brauchen, dann

fälschen sie, wenn nötig, auch das eigene Geld.

Aber die Sache ging offenbar nicht so glatt, wie es sich die Budapestener Meinungen vorgestellt hatten. Ganz wie bei den falschen Banknoten muß irgendwo ein Riß in die Kombination gekommen sein.

Dieserhalb wurde der Inquisitor Schweiniger nach Paris geschickt, und bald nach ihm auch der Chef der „Erwachenden Magyaren“, Tibor Eckhardt. Ihre Aufgabe war ganz offensichtlich, das die ungarische Regierung oder ihre Freunde befallende Material verschwinden zu lassen und allen Verdacht auf die simplen Blumenstein, Tobbini und Falles fallen zu lassen. Das ging um so leichter, weil Falles tatsächlich ein aktiver Kommunist war und die mit ihm arbeitenden Brüder Tobbini sich leicht zu Agenten Moskows stempeln ließen. Damit die ganze Fälschungsschaffäre den Sowjets in die Schuhe zu schieben, allen Verdacht von den wirklichen Ausführe abzuwälzen, zeigt das nicht deutlich die Budapestener Karte?

Ungeklärt ist bisher nur, weshalb die ungarische Regierung gezwungen war, endlich die Anzeige bei der Pariser Polizei zu erstatten. Waren etwa die Blumenstein und Konforten, die gewiß von den Budapestener Nachforschungen Kenntnis hatten, zu frech geworden? Oder drohte von anderer Seite eine Anzeige und hielt man es für besser, ihr zuvorzukommen?

Jedenfalls wird die neueste Affäre eine Warnung sein für jedermann, sich in irgendwelche Verbindung mit den Budapestener Gewalttätigkeiten einzulassen. Das Regime Bethlen ist so bis ins Innerste angefaßt, daß es nur anzurühren schon verderblich ist. (Ueber die neueste Fälschungsschaffäre, die den russischen Tschernomach betrifft, bringen wir weitere Einzelheiten auf der dritten Seite.)

Marg will weiter schweigen.

Ueber den Fall Tressow.

Wir haben vor einigen Tagen mitgeteilt, daß der Gutshaber des Reichsinnenministers, Herr v. Tressow, in einem eingeschriebenen Brief an den Reichskanzler auf Grund des bekannten Gerichtsurteils verlangt hat, der Reichskanzler solle öffentlich zuzunehmen, wessen er öffentlich Herrn v. Tressow beschuldigt hat.

Auf diesen Brief ist bis jetzt eine Antwort nicht erteilt worden, und wie offiziell mitgeteilt wird, beschäftigt Marg nach wie vor, erst das Berufungsurteil abzuwarten, bevor er sich zu dieser Sache äußert.

Begreift der Kanzler, der doch früher ein hoher preußischer Richter war, noch immer nicht, daß er mit jedem Tage weiteren Jögerns sich tiefer ins Unrecht rückt?

Der Maismann aus Westfalen.

Nicht Lenzing, sondern Brandt.

Wir haben die Namen der preußischen Provinzverwalter festgehalten, die nach dem offiziellen Bericht im Reichsrat für die Verteuerung des Rindfleischs durch Erhöhung des Weiszes im Gegensatz zu den übrigen preußischen Stimmen gestimmt haben.

Unter diesen Namen befand sich auch der des westfälischen Provinzialverwalters, des Verlegers Lambert Lenzing aus Doctmund. Herr Lenzing teilt uns nun mit, daß er an der Sitzung des Reichsrats nicht teilgenommen, daß vielmehr der stellver-

tretende Bevollmächtigte für Westfalen, Bergasseffor Brandt, für den erhöhten Weiszes gestimmt habe.

Wir nehmen davon gern Notiz. Der zentralische Zeitungsverleger hat Recht, wenn er sich gegen die Behauptung wehrt, er hätte die Rinderernährung verteuern lassen. Umso deutlicher muß unterstrichen werden, daß sein Stellvertreter in der Vertretung der Arbeiterprovinz Westfalen, sich nicht gescheut hat, dem Weiszes-Zoll auf Rinderernährung zuzustimmen! Dieser Vertreter einer Bergarbeiterprovinz war ein Bergasseffor!

Die Rationalisierung der Verwaltung.

Vortrag von Präsident Dr. Drews.

Mit dem Einheitsstaatsproblem ist die Frage einer durchgreifenden Rationalisierung der Verwaltung eng verbunden. Im Rahmen der Rationalisierungsvorträge in der Handelshochschule sprach über dieses Thema der Präsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts Dr. Drews, der zu durchgreifender Reformierung der Verwaltung aufforderte, ehe wir von außen dazu gezwungen werden. Früher spielte die Frage der Altersvertretung die Hauptrolle, heute stehe die wirtschaftliche Seite der Verwaltung im Vordergrund. Einmal müsse eine den Bürokratismus beseitigende Bureaureform einsehen. Wichtiger sei aber eine rationale Durchorganisation der Behörden. Bei der vertikalen Restrukturierung müsse als Prinzip die möglichst vollständige Einschränkung der Ministerien gefordert werden. Doppelarbeit entstände aus dem Bestreben jedes Ressorts, durch möglichst großen Apparat und Suchen neuer Aufgaben seine Notwendigkeit zu beweisen. Kompetenzstreitigkeiten sind die unerwünschten Folgen. Auch die horizontale Gliederung der einzelnen Instanzen in den Provinz-, Kreis- und Ortsbehörden bedarf rationaler Durchorganisation. Grundförschlich sei die Selbstverwaltung zu festigen, die daneben die Verwaltung des Staates ist. Ideales Ziel einer rationalen Verwaltung sei zur Vermeidung von Reibereien, daß es für alle Dinge nur eine Instanz gäbe, die staatliche und Selbstverwaltungsaufgaben der Provinz, des Kreises und Ortes übernimmt. Das bedeute große Entschlüsse. Würde man die Kommunalverbände vor diese Aufgabe stellen, so würden sie nach Drews Ueberzeugung von dieser gelöst werden. Ohne vernünftige Regelung des Verhältnisses von Reich und Ländern bleibt jedoch alle Reform auf halbem Wege stehen. Der Kern, um den es geht, ist: Wer ist eigentlich Souverän in Deutschland? Mit aller Entschiedenheit betonte Drews: „Das deutsche Volk ist der einzige Souverän, den wir haben.“ Der Einheitsstaat sagt nichts gegen die Eigenart der deutschen Stämme. Bester Beweis sei Preußen, das weder vorläufig zum Reichsland erklärt noch aufgelöst werden könne. Aber wenn im gleichen Augenblick, wo Preußen in selbständige Bezirke aufgelöst wird, das Reich alle Aufgaben für ganz Deutschland in zentrale Verwaltung übernimmt, hat auch Preußen seine Aufgabe erfüllt. Historische Reminiscenzen und damit verbundene Parteinteressen sind die Feinde dieses Gedankens. Darum, so schloß Drews seine mit äußerst starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen, sei jeder ein Apostel für den Einheitsstaat.

Baldwin wird selber antworten.

Ein neues Mißtrauensvotum der Arbeiterpartei.

London, 19. November. (Eigenbericht.)

Die englische Arbeiterpartei hat am Freitag das zweite angeführte Mißtrauensvotum im Unterhaus eingeleitet. Baldwin hat sich daraufhin bereit erklärt, einen Tag für die Debatte freizugeben. Er will sich dabei persönlich gegen den Vorwurf verteidigen, seine Pflicht gegenüber der Opposition verletzt zu haben, indem er MacDonald nicht persönlich antwortete. Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum erfolgt voraussichtlich am Donnerstag.

Zum „Sultan von Marokko“ wurde gestern der dritte Sohn des verstorbenen Sultans Sultan Yusuf, Sidi Amada, proklamiert.

Frankreichs Petroleumwirtschaft.

Regierungsentwurf über die Einfuhrkontrolle.

Paris, 19. November.

Handelsminister Bokanowski legte der Kammer einen Gesetzentwurf vor, der die Petroleum-einfuhr im großen unter die Kontrolle des Staates stellen soll. Mengen von über 500 Tonnen im Monat bedürfen zu ihrer Einfuhr einer besonderen Ermächtigung des Ministerrates. Die Ermächtigung wird für Rohpetroleum auf höchstens 15 Jahre, für Nebenprodukte auf höchstens drei Jahre erteilt. Die Importeure übernehmen gewisse Verpflichtungen, so die Bildung und Verteilung von Reserven, die bevorzugte Belieferung öffentlicher Dienststellen, die Ausführung von Verträgen im nationalen Interesse. Alle diese Verpflichtungen laufen darauf hinaus, den Bedarf des Heeres und der Flotte auf eine gewisse Zeit hinaus sicherzustellen. Die Personen oder Gesellschaften, die bisher schon am Einfuhrhandel mit Petroleum im großen beteiligt waren, haben rechtlichen Anspruch auf eine Menge, die mindestens dem Höchstmaß des im laufenden Handel der letzten fünf Jahre eingeführten Quantums gleichkommt. Der Handelsminister kontrolliert die Durchführung dieser Bestimmungen. Seinen Beamten ist daher freier Zutritt zu den Niederlassungen der Importeure zu gewährt und sie können die Vorlegung der zur Kontrolle erforderlichen Schriftstücke fordern.

Die Petroleumkommission der Kammer führte die Untersuchung über die Möglichkeit eines Petroleummonopols mit der Vereinbarung zahlreicher Persönlichkeiten aus der Petroleumindustrie und dem Handel fort. Der Gesetzentwurf der Regierung ist dazu bestimmt, die in der Kommission vorhandenen Meinungen, ein vollständiges Petroleummonopol einzuführen, zu bekämpfen.

Der Faschismus beleidigt Südflawien.

„Nur ein verschlechtertes Oesterreich.“

Rom, 18. November. (Siegen.)

Das Verordnungsblatt der faschistischen Partei veröffentlicht unter der Überschrift „Frankreich und Südflawien“ folgende Erklärung: Das faschistische Italien hat mit vollkommener Ruhe die Erklärung von der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen der französischen Republik und der Monarchie des Königs Alexander angenommen, der in Jugoslawien über zehn verschiedene Völker herrscht, die nach Qualität und Quantität mit dem habsburgischen Mosaik der Vorkriegszeit verglichen werden können und es sogar noch übertreffen. Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß Jugoslawien an einer territorialen „Elephantiasis“ leidet, und daß es sich zusammensetzt aus Serben, Kroaten, Slowenen, Deutschen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Italienern, Türken, Albanern, Montenegrinern und Zigeunern. Der Vertrag wurde im März 1928 paraphiert. Zwanzig Monate später ist er mit vollem Namen und Vornamen unterzeichnet worden, wozu man den 11. November wählte, d. h. das Datum des interalliierten Sieges, an dem wenigstens drei Viertel der heutigen Jugoslawen nicht teilgenommen haben, da sie im feindlichen Lager dienten. Der französisch-jugoslawische Vertrag wird in Paris als eine Friedensakte, in Belgrad als ein Kriegspakt betrachtet. Das serbische Volk, das definiert worden ist als ein „an Kerpentanzfällen leidendes Volk“, macht sich die Illusion, eine nur in seiner Einbildung bestehende italienische Einkreisung durchbrochen zu haben, und hat sich lauten Freundschaftsbegrüßungen hingegossen. Jugoslawien ist nur ein residuelles und verschlechtes Oesterreich aus der Zeit der Habsburger. Aus diesem Grunde blickt ihm das faschistische Italien ruhig in die Augen.

Der preussische Staatsrat wird am Dienstag, dem 22. November, zu einem Tagungsabschnitt zusammentreten, um neben kleineren Vorlagen auch die Dorfmunder Eingemeindungsordnung zu beraten. Für die Erörterung war der 29. November in Aussicht genommen. Es ist aber vielleicht noch mit einer Hinausschiebung dieses Termins zu rechnen. Jedenfalls aber soll der neue Etat am 17. Dezember dem Reichstage vorliegen.

Noch einmal: „Orpheus und Eurydike“.

Städtische Oper.

Es verbietet sich, auszusprechen, daß der Held der Oper ein unwürdiger Witwer ist — verbietet sich darum, weil wir uns scheuen, in ein Werk wie dieses Begriffe unseres Alltags (sofern in unserer Alltagswelt Witwer untröstlich sind) zu tragen und dort feiner Gestalten zu reden, als seien sie schließlich unerschütterlich. Aber was ist es denn, das dem in seiner Unsterblichkeit unnahbaren Kunstwerk Unsterblichkeit verleiht, wenn nicht eben die Tatsache, daß das ewig und allgemein Menschliche, das darin abgewandelt wird, uns alle, jeden auf der Galerie und im Parkett, persönlich berührt? Das Menschliche, als Einzelsfall von Künstlerhand in jene Höhe gehoben, in der es dem Alltags weit entrückt ist.

Ein anderes: es kommt darauf an, was das Theater aus dem Werk macht, das ihm anvertraut ist. Verstumt, für genügend zu halten, daß dessen Wiedergabe getreu und erschöpfend, daß sie lausagen in allem „richtig“ sei. Wie schön gefungen werden soll, von wie ersteltem Material die Stimmen der Sänger zu sein haben, steht nicht in der Partitur; und welchen Grad innerer Lebendigkeit ihre Verwirklichung einst erlangen wird, vermögen Buchstaben und Notenzeichen nicht anzuzeigen. Niveau läßt sich nicht vorzeichnen, noch jene tief ins Werk sich vertenkende Liebe des Nachschaffenden, die selbst Schöpferkraft ist.

Um Gluck's „Orpheus“ handelt es sich, und um den „Orpheus“ der Städtischen Oper. Daß diese Aufführung, deren Niveau unsern Opernalltag hoch überragt, das Menschliche, das tief, doch tief verborgen im Werk steht, lebendig macht, erklärt ihren überwältigenden Erfolg, erklärt die überausgehende Publikumswirkung seiner Oper, die nie eine Publikumsoper gewesen ist — doch es nun, hoffentlich, bleiben wird. Die Hauptrollen sind jetzt (aus Gründen des internen Betriebs) neu besetzt. Unmöglich konnte das, nach dem idealen Eindruck des ersten Abends, einen Gewinn bedeuten. Aber Rosette Anday als Orpheus und Berta Klurina als Eurydike — zwei Sängerinnen von hohem Rang — fügen sich in das Gesamtbild, daß es kaum verändert scheint. Das Bild ist dasselbe geblieben; kein Anlaß also, noch einmal davon zu reden. Aber das ist ja das Grundübel unseres Theaterlebens, daß alle öffentliche Aufmerksamkeit sich auf die Premiere konzentriert, und daß mit dem Reiz der Aktualität das Interesse erlischt: das Interesse des Publikums für eine „Novität“, die keine mehr ist, sobald sie durch eine neue verdrängt worden — und, allzuoft, auch das Interesse der Bühnenleitung, den Erfolg des Neuen im Repertoire sich auswirken zu lassen; für den Alltags haben wir ja, von alters her, genug „eingepflanzte“ Opern. Warum ist, nach zwei Wiederholungen, Verdis „Falstaff“ wieder verschunden? Warum kehrt „Cunegunde“ nicht wieder? Und „Kriemhild“? Oder, abendwärts durch die „Orpheus“-Sensation heute geradezu aktuell, Gluck's „Iphigenie“? Warum leben die Taten der Städtischen Oper, die Schöpfungen Bruno Walters, nur in der Erinnerung fort — und nicht auf der Bühne? Noch immer herrschen im Spielplan die abgelebten Vorstellungen vor. Aber nicht am neuen „Exportort“ fehlt es, sondern an der Sorge (oder an der Hand), es zu gestalten. Klaus Brüggenheim.

Der Sprech- und Bewegungschor der Volkshöhe, der auf dem diesjährigen Magdeburger Volksbühnentag seine ersten Vorarbeiten erntete, hatte zu einem Werkabend im Künstlerhaus eingeladen. Die Menge der Besucher zeigte, wach großes Interesse dem Wirken des Chors entgegengebracht wird. Und die Darbietungen rechtfertigten dieses Interesse. Der Obmann der Chormitglieder, der Sprechchorleiter Karl Vogt und Vera Storonel sprachen kluge Worte über die Aufgaben und Ziele dieser Gemeinschaft, die nicht Künstler ergeben, sondern eine neue volkstümliche Festkultur schaffen will. Bertha Trümpf führte eine Uebungsprobe des Bewegungschors vor und gab in einigen Kostproben einen Begriff von dem, was man bisher erreicht hat. Namentlich der hinreichende, von der Storonel komponierte und hier zum erstenmal öffentlich gezeigte „Revolutionsmarsch“ fand jubelnden Beifall. Dichtungen von Zach und Toller, durch Karl Vogt eingelesen, bekundeten die gänzliche Sprechreife des Chors. Wie Vogt in seinem Schlußwort mitteilte, soll der Chor jetzt vergrößert werden. Der Einladung zum Beitritt werden zweifellos viele folgen. Es wäre aber auch zu wünschen, daß unsere jungen Poeten mehr Interesse für die Sache zeigten. Denn was vor allem nötig, sind geeignete Texte, die in strengster, knappster, schlafrückigster Form reine Gefühlsinhalte gestalten und alles trocken Verstandesmäßige ausschalten. Es liegen hier ganz neue und sehr lohnende Aufgaben vor. Also heran, ihr Rufensöhne, stimmt die Lesern und helft dem meisterhaft geschulten Chor der Volkshöhe! Der keinerlei auch helfen will, eure Schöpfungen volkstümlich zu machen. F. E.

Felix Walden gefordert. Inmitten seines Schaffens für unsere Arbeitermusik ist eine der wichtigsten Persönlichkeiten durch einen plötzlichen Tod dahingerafft worden: Felix Walden (Dr. Mandelstam) hat unserer Arbeitermusikbewegung wohl ein halbes Hundert wunderbarer Chöre von deutschen und ausländischen Volksliedern geschenkt. Überall werden seine russischen Volksweisen „Se Wlasto“, „An dem Strom der Mutter Wolga“ und andere gesungen. Seine Fassung von „Wann wir schreiten Seit an Seit“ ist allgemein verbreitet. Auch als selbständiger Uebersetzer von zahlreichen ausländischen Volksliedern hat der sprachgewandte Künstler Wertvolles geleistet. Sein Andenken wird stets in Ehren bleiben. A. G.

Die Bühnenkunst in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Rahmen der künstlerischen Veranstaltungen des Bezirksamts Charlottenburg sprach im Schäfersaal Dr. Johannes Günther über die Entwicklung der Bühnenkunst seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Der Stil der Weimarer Bühne, die unter französisch-italienischem Einfluß die große Poese und die edle Poese vom Schauspielere forderte, fand damals in Deutschland fast allgemein Aufnahme. Der Schauspielere sprach nicht mehr, sondern er deklamirte. Das Theater hatte sich vom mittelalterlichen Gemeinschaftstheater zum Ständestheater gewandelt. Man sorgte durch eine strenge Ueberwachung des Zuschauerraums für eine vollständige Trennung der an Geld oder Rang verschiedenen Kreise. In diesen ganz aus den äußeren Schein gestellten Theatern galt das Natürliche als roh und gemein. Der große tragische Stil, der ursprünglich eine wirklich künstlerische Verbindung des Theaters anstrebte, wurde verflacht und völlig veräußert und schließlich zu virtuosen Spielereien von den Schauspielere mißbraucht. In Frankreich, aber auch

in England, zeigte sich dieser Rückgang der Bühnenkunst übrigens in gleichem Maße. Unter den vielen uns aus dieser Zeit überlieferten Namen von Schauspielere sind nur wenige, die uns wirkliche Künstler bezeichnen. Dr. Günther erwähnte als Bühnensteller von Geschick und Können die Kachel, Ludwig Devrient und Karl Seidelmann. — Der Vortrag wurde durch zahlreiche Lichtbilder erläutert. Degegen wirkten die dargestellten Szenen aus Racines „Phädra“, Immermanns „Merlin“ und Dumas „Kean“ so lebhaft, daß Dr. Günther seinen interessanten, von reichem Wissen dargebotenen Vortrag besser nicht damit belastet hätte. J.

Frank Thiel hat. Der Dichtabend des Verbandes Deutscher Erzähler im ehemaligen Herrenhaus war diesmal Frank Thiel gewidmet. Es wäre zu diskutieren, ob Thiel wirklich ein „Dichter“ ist, wie Georg Engel in seinen eingehenden Worten ihn nannte. Es ist auch des Ruhmes wert, ein guter Erzähler zu sein. Und das darf man Thiel unbestritten zugestehen. Thiel hat den gelassenen, klaren, hellen Sinn, der fernab von der Stadt wächst, der aus der Verbundenheit mit der Natur sich entfaltet, ausgeglichene und harmonische wie sie. Schon um diesen beruhigenden Stils willen, der scheinbar aus sich heraus die tiefe Logik der Dinge und des Geschehens erfährt, muß man den Erzähler Thiel lieben. Aus seinem vielseitig innerlichsten und menschlichsten Roman „Das Tor zur Welt“ las er einen Abschnitt, der in der jählichen Schlichtheit des Aufbaus an die schönsten Prosa Hermann Hesses erinnert. Start, kraftvoll, aber immer ohne Haß gab er das Urelement der Schöpfung in der „Hochzeit des Fischers“ aus dem „Frauentraub“. Zum Schluß hörte man aus dem Manuskript einer Novelle „Angst und Geduld“ den Anfang und Schluß. Da aber Thiel den dazwischenliegenden Teil den Inhalt nach untrüglich stellte er das ganze Werk zur Diskussion. Man gewann den Eindruck, daß Thiel hier nochmal von seinem eigensten Wege abirrte. Die Handlung, die den Lebens- und Liebeskampf der alternden Frau gibt, fordert die strange psychologische Klarheit, die Thiel natürlich ist. Statt dessen läßt er sich gerade in diesem Werk gelegentlich durch malerisch gefundene Impressionen zu artistischen Spielereien hinreißen. Vielleicht treten diese Momente bei der Lektüre des ganzen Wertes weniger hervor. Aber Thiel hätte diesen künstlerischen Aufbruch an dem Gebäude seines Wertes am besten ganz vermieden. F. E.

Eine Strindberg-Aufführung in Dresden. Im Nachhinein Strindbergs hat sich ein historisches Schauspiel gefunden, betitelt „Der letzte Ritter“. Sein Held ist Sten Sture, schwedischer Reichsoberster um die Zeit, da Luther seine 95 Thesen an die Schloßkirche in Wittenberg schlug. Sture, ein reiner Tor, halb Bagard, halb Don Quixote, geht zugrunde, weil er — noch im 16. Jahrhundert — an den ritterlichen Menschen glaubt. Er wird betrogen von Freund und Feind, die seine hochgemutete Befinnung als kindliche Schwäche deuten — und schließlich recht behalten. Sture ist ein jüngerer Bruder Gökens von Verlinchen, jedoch ohne dessen Naturhaftigkeit und Kraft. Man denkt, hört man ihn reden, steht man ihn handeln: Zu schön, zu edel für diese Welt! — und spürt bei seinem Untergang nichts von tragischer Erschütterung. — Sechs Bilder hat das Stück. In den ersten dreien scheint sich ein Drama vorzubereiten. Dann bräut Spannung und

